

in der Verwaltung am liebsten befehligt. Erst wenn die demokratische Reform der Verwaltung rücksichtslos durchgeführt sein wird, kann die republikanische Staatsform als gesichert angesehen werden.

Wuß die deutsche Revolution, nachdem sie bereits ihre Marneischlacht zu vergleichen hat, unbedingt auch zur Niederlage kommen? Warum hat auch die Revolution ihre Marneischlacht? Weil die Truppen ausfallen den beiden Fronten am besten im Republik und Sozialismus, die "Koten Fahne" und die den Arbeitern ähnlichen Phyllogen in der Reihen der Unabhängigen, denen es auf einen Feind mehr oder weniger nicht ankommt. Die Sozialdemokratie ist für die englische und nicht für die altheimische Taktik. Sie wird recht behalten, wie sie mit ihrem Bekenntnis zur Demokratie recht behält. Erklärt nicht jetzt Hitlerding, daß die Mehrheit im Parlament ein günstigeres Kampffeld für den Sozialismus schafft. Er sagt: Dann wird die Bourgeoisie zu den außerparlamentarischen Mitteln greifen müssen, und das wird immer zum Vorteil des Kampfes der Arbeiterklasse sein.

Der Reformismus ist also doch keine so dumme Sache. W. St.

Das sozialistische Kabinett muß gestürzt werden.

Communisten und Deutschnationalen Arm in Arm. Schwerin, 20. Januar. Die "Mecklenburger Zeitung" meldet: In der heutigen Vormittags-Sitzung des Landtages gab Ministerpräsident Stellung die angelegentlich programmatische Regierungserklärung ab, in der er sich als Führer für den Beschluß der Selbstläufig-Organisation aus sprach. Hieran schloß die Rede des Abgeordneten (Dn.) den Antrag auf Auflösung des Landtages, der von den Kommunisten unterstützt wurde. Der Antrag vertagte sich jedoch auf heute nachmittags 3 Uhr.

Diese kurze Meldung ist zu recht bezeichnend für die Wirksamkeit der Kommunisten. Das rechtsistische Kabinett ist gestürzt worden, nachdem es durch seine empörende Parteizentrale einen geschlossenen Widerstand von den Demokraten bis zu den Kommunisten herangezogen hat. Die Kommunisten in Mecklenburg scheinen nur aber den Sturz des rechtsistischen Kabinetts schon wieder zu begehren, denn ihre gemeinsame Abstimmung mit den Deutschnationalen kann nur die eine Folge haben, viele wieder in den Sattel zu heben. Oder ist den Kommunisten Entschädigung für ihre Falschung versprochen worden. Dann find sie glücklicher als ihr Genosse Wergeres in Braunschweig.

Eine amtliche Zartensnachricht.

215. Berlin, 20. Januar. Amtlich. Gestern vormittags wurden 7 Mitglieder der kommunistischen illegalen Kampfgeneration in Weidenburg festgenommen, darunter der wegen seiner auflegenden kommunistischen Tätigkeit wohlberühmte Bergmann Schöder. Bei Durchsichtung wurde reiches Material über die Bildung der Koten Armee in Weidenburg gefunden. Die Organisation baute sich in Weidenburg und Drieschden unter einer Oberleitung mit dem Namen "Koten Armee" auf. Der Plan ist, den gewalttätigen Sturz der Regierung und der Besetzung und zur Aufzählung der Distrikte des Proletariats abzuwickeln, sowie die P. K. A. als politische Partei den Aufbau unmittelbar unterliegend. Die 7 festgenommenen, die größtenteils gefänglich sind, sind nach Sucht gebracht und dem Staatsanwalt des ansehnlichen Gerichts vorgesetzt worden. Das Gericht selbst sieht sich heute nach Sucht.

Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß sie sich nicht durch die Besetzung "amtlich" blenden lassen. Sie mögen sich lieber an das Gedächtnis erinnern, welches unter Reichsleiter vor einiger Zeit mit dem Oberpräsidenten Spring führte und das mit einem Monat herverflossenen Waffen in solchem Umfang, daß ein militärischer Zustand

möglichst nahe, befehligt die Arbeiterklasse, auch die kommunistische nicht. Das ganze Treiben geht unferes Erdens von reaktionären Stellen aus, die nach einem Anlauf suchen, die ungewohnte Menge von Waffen, die noch in ihren Händen sind, in Tätigkeit treten zu lassen. Nicht die Kommunisten sind zu beobachten, sondern die andere Seite.

Ob sie sich bessern wollen?

Die deutsche Studentenschaft hat die nachfolgende Kundgebung vom 18. Januar erlassen und dem Reichspräsidenten übermittelt:

In Zeiten tiefster Erniedrigung, schwerster wirtschaftlicher Notlage und juchziger innerer Kämpfe begehrt das deutsche Volk den 18. jährigen Gedanktag der Gründung des geeinten Reiches. In Schmerz und Trauer sehen wir zusammenbrechen, was unsere Großväter erduldeten. Der Gedanke an die Zeiten der Vorfahren, die Erkenntnis der heutigen Not, die Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes und um die Erhaltung des deutschen Geistes ist uns, der deutschen akademischen Jugend, die von jeher bereit war, sich für das Vaterland zu opfern, eine Mahnung, ihr Leben gemeinsam mit allen Volksgenossen in gegenseitiger Achtung dem Wiederaufbau des Reiches zu widmen. Alles Trennende liegt hinter uns! Die Willkür jedes Deutschen, über alle Gegenseite der Parteien und Klassen hinweg dem Vaterland zu dienen, liegt der einigende Gedanke der deutschen Jugend, in deren Herzen und Händen das Schicksal unserer Zukunft liegt. Die Zeiten des großen Krieges vertrieben uns Weiden auf immer. Die einzig würdige Ehrung ihres Andenkens ist die hingebende Arbeit an den Aufgaben, die der harte Tag unserer Völker stellt. Solcher Treue werden die Früchte reifen. Wir wollen vorangehen im Kampf um den inneren Frieden!

Der Reichspräsident hat der deutschen Studentenschaft mit folgendem Schreiben geantwortet:

Von der Kundgebung der deutschen Studentenschaft zur 18. Wiederkehr des Tages der deutschen Einigung habe ich mit Dank und Freude Kenntnis genommen. Ich wünsche und hoffe, daß der hier bezeugte Wille der akademischen Jugend Deutschlands, gemeinsam mit allen Volksgenossen in gegenseitiger Achtung am Wiederaufbau des Reiches mitzuarbeiten und über alle inneren Kämpfe und Unterfröbde der Verfassungen hinweg in einigender Arbeit dem Vaterlande zu dienen, auf allen deutschen Positionen Widerstand finden und zur Tat werden möge. Dann wird das Bestreben der deutschen Studentenschaft zu innerem Frieden und einem starken Gemeinschaftsbewußtsein des ganzen Volkes wirksam beitragen und eine Bürgschaft werden für den Wiederaufstieg unseres schwer gesprühten Vaterlandes.

Der allmächtige Stimmzettel.

Der "Kornwärtz" hatte an die Nachfrist die nun umfangreichen Klassenbestellungen des Hauptmanns Frankenstein, die auch die "Vollstimmte" geklärt erwähnte, die Aufzählung gestülpt, bei den preussischen Landtagswahlen der Sozialdemokratischen Partei die Stimme zu geben. Das gibt der "Koten Fahne" wieder Gelegenheit, ihre Taktik in empfehlende Erinnerung zu bringen. Sie schreibt: "Nicht der Stimmzettel, meber der mehrheitssozialistische noch der unabhängige, werden die Orgel befehlen, sondern nur die unabhingende Kampfront der Arbeiterklasse, die den bewährtesten Organisationsformen gegenübersteht." Das ganze heißt übersetzt: Der allmächtige Stimmzettel! Dabei kommt sie sich jedenfalls wunder wie sie la u vor. Deshalb halten wir es für angebracht, die Arbeiterklasse dazu zu erinnern, daß das fürchterlich wirkende Sozialiengezug auch mit dem Stimmzettel überwunden worden ist. Nur einem Berührten wäre es damals gelungen, weil die Arbeiterklasse mit Ausweilung und Gehässnis beehrt war, auf eigene Faust auch Ausweilung und Gehässnis über die Wähler des Geheles und über die Verfolger der Arbeiterklasse zu verhängen. Der einzige, der damals die Waffe des Stimmzettels verstand, ist die, und nicht den geringsten Anfang in der deutschen Arbeiterklasse und ist nur doch, nicht an sich, wie das Licht die Werten. Deshalb können wir uns der Aufforderung des "Kornwärtz" nur anschließen, das probate Mittel des Stimmzettels bei den Preußenwahlen

recht unangenehm zugunsten unserer Partei angewendet. Das ist die beste Befämpfung solcher Elemente, wie die des Hauptmanns Frankenstein.

Ein Verlangen auf Auslieferung.

Schweigert, 20. Jan. Von der französischen Regierung war am 9. Januar unter Bezug auf den Friedensvertrag in Berlin ein Antrag auf Auslieferung des an der hiesigen Reformfront als Oberleutnant des hiesigen Offiziers Jung, der nach dem Kriege in seiner Heimat für die Rückgabe des Elsas an Deutschland agitiert, wegen Brandstiftung und Vorties gestellt worden. Infolgedessen wurde Jung an das Amtsgericht zu Neuburg ausgeliefert und gab dort bei seiner Vernehmung an, daß sich die Angaben die Begründung des Haftbefehls aus den Fingern gelassen hätten. Jung hat sich inzwischen der Haft durch die Flucht entzogen. Nach dem Flüchtling wird gefahndet.

Von roten Ketten macht uns frei allein Stretemanns ungelogtes Ei. So ungelähr reimte die Deutsche Volkspartei bei der Helenenwahl nach Wählern im vorigen Sommer. Ein Hauptprogramm gegen die bis dahin regierende "rote" Kammer ist, damals ein Reichsmandat zu stellen, dessen Arbeit unmöglich gegenstandslos geworden ist und das für 1919 unter der roten Herrschaft ein Etat von 1 Milliarde hatte. 1920 unter Stretemanns Septer hörte das Mandat an. Der Etat dieses Amtes liegt aber auf 3 1/2 Millionen Mark. Stretemanns Landtschneide haben uns befallend von der Zwangsbewirtschaftung der Kartoffeln "betreitet". Kohlenpunkt: Etat der Kartoffelstelle für 1919, als sie die Kartoffeln bewirtschaftete, 900 000 Mt., für 1920, als die Kartoffeln nicht mehr bewirtschaftet wurde, 2 100 000. Wenn die weitere Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung ebenso billig wird, so wird man halb das Nationalität der Deutschen Volkspartei ändern zu ändern müssen. Von roten Spargroßen macht uns frei tschider die Deutsche Volkspartei.

Italienischer Sozialistentag.

Rom, 20. Januar. (It.) Die Mehrheit des Sozialistentages von Livorno hat sich gegen die extremen Methoden ausgesprochen. Infolge der von Lenin gestellten Unmöglichkeit ist die Spaltung innerhalb der italienischen Sozialistischen Partei unermidlich.

Der Kenoter als Argument.

Storno, 19. Jan. (M.B.) Die gestrige Vormittags-Sitzung des Sozialistentages wurde vielfach durch den heftigen Meinungsaustrausch zwischen Kommunisten und einem Vertreter des Gemäßigtenbundes geführt, die sich gegenseitig behaupteten. In der Nachmittagssitzung der Kongreß eine Entschädigung zugunsten der ungelährten Regierung gefordert wird. Darauf nahm Baccica heftig gegen diejenige Stellung, die die Anwendung von Gewalt probieren, und wies darauf hin, daß die Zivilistenfälle von Bologna hießen, daß die sozialistischen Gewalttaten auf die Partei selbst zurückzuführen. Seine Ausführungen tiefen lo heftigen Widerspruch bei seinen Gegnern hervor, daß er seine Rede unterbrechen mußte. Es kam zu einem wüsten Zärm. Stellenweise wurde man höflich. Der Vorsitzende der Dritten Partei, Baccica, andere Kongreßteilnehmer riefen sich an Baccica und brachten ihn aus dem Saal. Nachdem sich der Saal etwas gelockert hatte, gelang es Baccica, weiter zu sprechen. Doch wurde er noch fortgesetzt unterbrochen.

Livorno, 19. Januar. In der Nachmittags-Sitzung des Sozialistentages legte der Rechtssozialist Turati seine Grundidee auseinander, die sich gegen die Anwendung von Gewalt und gegen eine Diktatur wenden. Die Verlammtg hörte Turati sehr aufmerksam zu und bereitete sich für eine großartige Subduktion. Auch der Führer der mittleren Richtung Stratti nahm an dieser Teil. Nachdem nun einige Redner gesprochen hatten, wurde der Sekretär der Partei, Baccica, von der Kongreß, das Vorhaben der Zeitung. Er erklärte: Wenn der Kongreß die Moskauer Verbindungen nicht auf und ganz annimmt, so wird die Parteiführung wissen, was sie zu tun hat. Die Sitzung wurde sehr spät aufgehoben.

Ein Mann für die U. S. A.

Wer wußte bisher, daß die U. S. A. auf dem italienischen Parteitag in Livorno offiziell vertreten war? Diese

Das Stetsli-Haus.

Roman von Béla Baccó.

Einzigberechtigte Hebrerung aus den Ungarischen von Stefan J. Klein.

(13. Fortsetzung.) Nachdruck verboten. Die Gäste kamen bereits. Möglich war eine kreisförmige, lauernde Hühnerkammer da. Die Fabrikmaschinen klangen ungerührt. Im Chaos von Klang, Musik und Blauverklärter harter Sozial auf ausgerichteten Augen in den über den Tisch dahingehenden Besetzung. Bereinigte Menschen debattierten über Tagelöhne, behandelten die schwierige Lage der Arbeitelose, sagten über die Verzerrung und Blüten in den Teintpausen geschäftliche, schwerfällige Redellen. Aus dem verworrenen Raufschlang hin und wieder eine laute Empörung: "Der Wertelner sagte, das ist so nicht gut. Waschen Sie es selbst selber - anmorrone! Ich."

Jemand stimmt zu: "Ein solcher Antreiber ist wie der Christusüberstende Jude."

Stimmt er bereits vollkommen betrunken. Auch er fällt in die Debatte ein:

"Schweine sind die Herren ... Ich sag's ... Schweine sind die Herren."

Stetsli lacht mit gebietenden Wangen nach rechts und links. Mit festem Glauben an seine Geschicklichkeit leert er ein Glas nach dem anderen. Dann stimmt er ein frowartliches Ged an. Seine mit brillanteren Esterkinn in die Hülle Nacht.

Darauf die nächsten in unerschöpflichem Durcheinander die Fortsetzung einfließen.

Der Tisch war gleich einem lauten Wunden die Geheime der Reue durchgehender. Beaunome Betrunkenen taumelten in allen Gegenden des Hofes umher. Die empfindlicheren stießen einander, um ihre große Freundschaft zu bezeugen. Die Harmonika spielte. Cermal und Stetsli umarmten einander, sangen zusammen. Kirrend schlugen die Gäste gegen einander und immer wieder erwiderte das mit ja parobel's "Toufou" bejährende allgemein beliebte Lied. Ein anderer, nicht allzuhoher Raufschloster, schmeckte durchs Stetsli-Haus.

Als die Lustigkeit am größten, am lautesten war, erschreckte ein verworfener, bis ins Mark dringender Schrei die sich unterhaltenden Leute. Stetslis Hand entfiel das Glas, er fuhr wild von Stesli auf und harzte verblödet in die Richtung des Schreies.

Der Schrei wiederholte sich in verworrenen, zu Tod erschütterten, juchzigen Donnarationen. Einige ließen sich Ständer hinauf. Die Begegnung der drei heruntertaumelnden Frau Carlos. Die arme, alte Frau, die sich mit einem Hund befandete war, jammernde, stierend, ritzend und tonnte vor gegenseitigen Schreies und einem gewaltigen Weiraufstump fann zu Wort gelangen:

"Mein Mann ist verreckt geworden ... Die Erinnerung an seine Leibes hat meinem armen guten Mann den Borsinn genommen ..."

Die Reue betrugelten mit beinahegeriffenen Augen die blutende und besenbe Frau Carlos und fragten sie ungeduldig aus:

Frau Carlos erklärte stöhnend, nach Atem ringend:

"Nachdem er gebetet hatte, hat er sich nicht niedergelegt. Möglich wurde mich ein Gewalts. Ich hör, daß sich jemand mit dem Schiffschein zu schaffen macht. Er war es ... Schiff ein großes Meßer beim Licht einer Kerze ... Ich fragte, was macht du? ... Er antwortete, ich werde dich töten ... Dann kam er auf mich zu, mir rangen, ich giß nach dem Meßer, schnitt mich in die Hand ... Ah, mein Gott, wie verdrückt du mir das Leben ... Er wollte mich töten ... Seine Augen waren so blumunterlaunen, wie die eines toten Hundes ... Er ist ganz von Sinnen ... Ah verreckt geworden, daß ich nicht beruhigen ... Ich hat ihn, wie ich ihn, doch wollte er mich töten ... Ich vermochte kaum zu stehen ..."

Sie Frau fann vollkommen erschöpft auf einen Stesli.

Die Reue launigen entziet Frau Carlos Erzählung, Ein großer Wirrwarr entstand.

"Einen Politiker! ... Einen Weg! ..." - wurde durch einander geblöhet.

Die Unterhaltung war gestört. Der Harmonikspieler schloß sein Instrument und legte es still beiseite.

Die Wertelner bogden sich ins Ständer.

"Ich werde schon Ordnung machen ..." - sagte Cermal, als er jedoch einen Schritt zur, freckte er sich auch

son auf der Erde hin, blieb dort liegen und schielte nach einigen Augenblicken bereits mit tief stürzendem Schnardzen.

Stetsli lärmte und erteilte Befehle:

"Nebel! Bin ich der Hausherr ... oder wer?"

Darauf hatten die Bewohner tatsächlich bessere. Stetsli verfluchte mit vollkommener Ebschtheit, begann sich ruhig und ruhig ins Ständer. Er hätte sich nicht einmal vorlesen können, daß das, was er macht, nicht gut sein könnte.

Im Ständer gelang, fand er bereits einige überaus süße Leute dort, die in die Wohnung zu gelangen versuchten.

"Er hat sich eingeschloßen ... tief jemand mit argly durchdranger Stimme.

Stetsli klopfte an die Tür, bekam aber keine Antwort.

Unterdrücken hatten sich bereits alle Mieter des Hauses hinter seinem Rücken verlammt. Hührend und zitternd hatten sie des Kommenden. In das halbkante Summen mischte sich lächelnd das schlappende, transtahne Schließen der aus Zores gefahrt entronnenen Frau Carlos. Stetsli postie hinter und versuchte es auch mit Worten:

"Ente! Carlos, öffnen Sie die Tür ... Wie sind Ihnen wohlgeunte Leute?"

Auch darauf kam keine Antwort. Ein verwagener Arbeiter junge kroch auf das Geime und schaute von dort in die Wohnung. Die übrigen neigten sich über das Geländer des Ständer, erkundigten sich neugierig:

"Was macht er? ... Wie sieht er aus? ..."

"So was hat sich noch nicht ereignet ..."

Das Hausverlangen von früher hatte sich jetzt zu neuen gerender Erzeigler verändert. Binnen einiger kurzen Minuten waren die Bewohner des Stetsli-Hauses in einer festlichen, verängstigten, sich als Mitarbeiter einer Tragödie fühlenden Weise geworden.

Der Bürste kammerle sich als Fensterhüter und schrie mit erschrockenem Geilich:

"Jetzt hat er die Heiligensbilder von der Wand gerissen. Den Christus ... Die Maria ... Die heilige Dreifaltigkeit ... Den heiligen Petrus ... Den heiligen Michael ... alle ... alle ... hat er von der Wand gerissen ..."

Der Bürste schaute ätzend in das gepulverschneefte erhüllte Fenster und sprach zählend:

"Zwei ... fünf ... sieben ... zehn Kerzen brennen auf dem Tisch ..."

(Fortsetzung folgt.)

Partei-Angelegenheiten.

Freiwillige, Vorstand, Unterabteilungsleiter und Wahlkomitee...

Sozialdemokratische Partei... Die Vorstände des Orts- und Bezirks-Boatens-Verbands...

Jugendorganisationen... Die Vorstände des Orts- und Bezirks-Boatens-Verbands...

Veren Arbeiter-Jugend... Heute abend 7 Uhr Zusammenkunft im Mozartheim...

Aus dem Stadtkreis.

Die Flüchtlinge in unserer Stadt.

Der Friedensvertrag zu Versailles hat nachhaltige Wirkungen auch auf die Verteilung der Bevölkerung...

Über die Flüchtlinge fragt, weshalb sie abgewandert sind und was sie in unserer Stadt tun...

aus eingebildeter Furcht abwandern; ihnen reihen sich schließlich einige wenige Selbstläufer...

Im einzelnen sind ausgedrückt: aus Rußland 193 Auslandsbewerber, darunter 47 Familien...

die meisten Flüchtlinge gebracht hat, liegt außerdem verkehrsgeographisch uns näher als rein geographisch...

Die Halbjahreskonferenz der Bürgermeister...

Die Halbjahreskonferenz der Bürgermeister, Gemeindevorsteher usw. aus dem Saalkreise...

Am 20. Januar, vormittags, im Saale des Gesellschaftshauses...

Am 20. Januar, abends, im Saale des Gesellschaftshauses...

Advertisement for 'Morgen Sonntag der letzte Tag' featuring a 'Ausverkauf' (clearance sale) of various goods like clothing, shoes, and household items. Includes prices and descriptions for items like 'Hemden-Barchent', 'Körper-Barchent', 'Batist', 'Seiden-Crepeline', etc.

den letzten, die dringenden Gegenwartsaufgaben ihrer Stellung auszuführen.

Die Konferenz war von 118 Vertretern aus fast allen Ortsgruppen des Saalekreises befaßt. In der Hauptversammlung war die Besetzung einiger Industrieunternehmen bei Halle wie Kammendorf, Braunschweig, Dessau, Kassel, ...

Wahlloshaltung Halle. Der Kartellvertrag mit im Jahre der Schulverwaltung, ...

Was die Arbeiter fordern. In der am Mittwoch festgefundenen Arbeiterversammlung wurde ein Antrag angenommen, ...

Arbeitslosigkeit und Volkstum. Eine wird geschrieben: Die Arbeitslosigkeit nimmt immer größeren Umfang an. Bei hunderttausend und hunderttausend werden Angehörige entlassen, ...

Änderung der Strafbest. Am 1. Februar 1921 werden die Zinsen 2 und 6A aufgehoben. Die Zinsen 2 und 6 erhalten 6-Minuten-Vorgänge.

Ein Beispiel kommunaler zur Zerstückelung. Der in diesem Artikel genannte ehemalige Geschäftsführer Emil Wintler legt Wert darauf, zu erklären, daß er nicht Mitglied unserer Partei ist. Wir haben keine Ursache das zu verschweigen und gehen es hiermit bekannt.

Weltliche Schulen für Halle. Wie gemeldet wird, sind gegenwärtig Vorarbeiten im Gange zur Einrichtung weltlicher Schulen in Halle. Eine entsprechende Einlage des Magistrats ist aus dem Ministerium der Reichsregierung eingegangen, ...

Das dem Feindes gestürzt. Heute früh 8 Uhr stürzte sich ein etwa 25jähriger Franzose aus dem im zweiten Stockwerk gelegenen Zimmer eines Hotels an der Poststraße, ...

Gehtosen wurde zwischen dem 9. und 11. d. M. eine Schweißmädin Marie Continental Nr. 8660 mit schwarzen Tafeln.

Wem gehört die Uhr? Am 11. d. M. wurde eine silberne Damenuhr mit der Nummer 10 607 und dem Namen Joe Schreiber auf der Innenseite des Deckels eingraviert als vermüht gelassen angehalten. Der laudensliche Angaben machen kann bezw. der rechtmäßige Eigentümer der Uhr wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36 oder 37, zu melden.

Blinde Schüler. Als Mittwochabend ein Dienstmädchen in der Nähe der Paulstraße nach einem Briefkasten ging, wurde sie von einem jungen Manne angepöbele. Als sie ihm keine Beachtung schenkte und ihren Weg weiterging, gab der Mann anheulend zwei blinde Schüler auf sie ab. Der Täter ist entlassen.

Kindererziehung. Mittwoch nachmittag wurde im Rathausmarkt ein 14-jähriges Kind etwa neun Monate alter Knabe ausgehört. Das Kind wurde nach dem Kinderheim gebracht.

Wem gehört der Hund? In Leipzig wurden zwei Männer festgenommen, die angegeblich haben, einen mitgeführten kleinen braunen Hund (Kopschinder) hier in der Maxstraße eingekerkert zu haben. Der Eigentümer wird ermahnt, sich umgehend bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36, zu melden.

Musikanten und Musikanten. In der heute abend im Markt auf stattfindenden Versammlung wird auch Herr Raebach, Direktor des hiesigen Musikkapells, das Wort ergreifen. Der stellvertretende Vorsitzende ist Herr ...

Solgermeister, Bau und Maßstab. Heute, Freitag, nach 7 Uhr findet im Volkspark die Kranzfeier der am 1. d. M. verstorbenen ...

Beschwerden

Über unzureichende und unrichtige Ausführung der Volksliste werden nachstehend in der Expedition, ...

Die überlebte Vögel. Operette von Jean ...

Stadttheater. Heute, Freitag abend 7 1/2 Uhr, geht die Komödie „Darry“ von Theodor ...

Stammkarten des Stadttheaters. In der Kürze die erste Hälfte der Spielzeit zu Ende geht, werden die Stammkarten-Inhaber ...

Freie Volkshochschule. 11. Wert (Die Stützen der Gesellschaft) K. Sonnabend, den 22. Januar, L. Montag, den 23. Jan. Die Karten für das 3., 4. und 5. Wert müssen bis zum 24. d. in den Jahrslisten eingeleitet werden.

Theater. Am Theatervorabend Sonntag, den 23. d. M., abends 7 1/2 Uhr, das Stück „Comité Guder“ von Schönhan und Koppel-Elber, zur Aufführung. ...

Paul-Sender-Viertelabend. Infolge neuerlicher Erkrankung des Kammerleiters Paul Sender ist das für heute angesetzte Konzert am Montag, den 14. Februar, im „Thaliaaal“ verzögert.

Grete Wenzel. hat heute abend 7 Uhr im „Thaliaaal“ (Geführte) nach einem neuen Programm. Karten bei Reinhold ...

Die „L. d. d. d.“ ...

Bremen, 20. Januar. ...

Paris, 20. Jan. ...

Paris, 20. Jan. ...

Paris, 20. Jan. ...

Paris, 20. Jan. ...

Paris, 20. Jan. ...

Paris, 20. Jan. ...

Paris, 20. Jan. ...

Paris, 20. Jan. ...

Paris, 20. Jan. ...

Paris, 20. Jan. ...

lassen sich erweitern. ...

Die Abstimmung über die vorstehende Entschlossenheit ...

Zuletzt wurde ebenfalls eine Resolution angenommen, die in demselben Sinne gehalten war wie die oben wiedergegebene der Eisenbahn.

Zur Schlichtungsordnung. ...

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 20. Januar. Der japanische Dampfer „Kaito Maru“ mit 1700 deutschweilischen Kriegsgefangenen an Bord ...

Berlin, 20. Jan. Amtlich. In dem Ermittlungsverfahren, das gegen die Führer der in Waldenburg aufgetretenen ...

Paris, 20. Januar. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Konstantinopel haben die Truppen Kemal Paschas in Anatolien eine allgemeine Offensive gegen die Griechen begonnen. ...

Lebensmittel-Kalender.

Städtisches Verkauf der Lebensmittel. Gegen Vorlage der Lebensmittellisten werden am Sonnabend, 22. Januar, ...

Bereits - Anzeiger.

Schlichtung. ...

Neigung. ...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

Die Wählerin

Blätter zum Wahlkampf in Preußen

Wir wollen . . .

Wir wollen kein feiges, kein halbes Geschlecht,
Kein tröstendes Wort, uns zum Hohne,
Wir wollen für jeden sein heiliges Recht,
Für jeglichen Arbeit, die lohne,
Und Freude, wo brennend die Träne jetzt fällt,
Und Frieden der ganzen, der leuzenden Welt,
Und dem Volke der Zukunft die Krone.

Clara Müller-Jahle

Der Staat und die Gemeinde.

Von Hedwig Wachenheim.

Als in den napoleonischen Kriegen das von Friedrich II. geschaffene Preußen ebenio schnell zusammenbrach wie das Bismarckische Deutschland im Weltkrieg, drang bei den einflussreichen Staatsmännern die Erkenntnis durch, daß der Staat nur gerettet werden könne, wenn das Volk das wolle. Was aber war dieser Staat den Massen des Volkes? Man kannte zur Not die Fürsten, deren Beamten, die das Land verwalteten und Steuern einzogen und vor allem die Rekrutenausherber. Das Volk hatte im Staat nichts zu bestimmen und er war ihm deshalb gleichgültig. Es mutet sonderbar an, daß nach der, das Nachbarvolk tief aufwühlenden französischen Revolution man in Preußen bedächtigt daran ging, das Volk für staatliche Aufgaben zu erziehen. Diesen Zweck hatte die vor 110 Jahren erlassene Städteordnung, die dem grundbesitzenden Bürger das Recht gab, die Angelegenheiten seiner Gemeinde selbst zu verwalten, oder besser durch Gewählte seines Vertrauens verwalten zu lassen. Aber wir sehen heute an den Frauen, daß der Grundgedanke der Steinischen Reform, politisch Unerschulte durch Tätigkeit im engeren Gemeinwesen für das Größere zu erziehen, richtig war.

Der wirtschaftliche Umschwung und damit die wirtschaftliche Lage der Massen, aber auch das Wahlrecht und die Rechte und Handlungen der von allen Männern gewählten Volksvertretung erzeugen in den Männern das Gefühl der Verantwortlichkeit gegenüber der Volksgemeinschaft. Die Revolution gab den Frauen das Wahlrecht, weil die Massen des Volkes es als unbillig empfunden hätten, wenn die Frauen weiterhin Menschen zweiter Klasse geblieben wären. Und nun zeigte es sich, daß die Frau, die weder theoretisch — etwa durch den Schulunterricht — noch praktisch durch das Gefühl der Verantwortung, das das Wahlrecht erzielt, und auch in vielen Fällen nicht durch die Berufsarbeit, die Verständnis für die wirtschaftlichen Verhältnisse fördert, für die politischen Aufgaben erzogen war, am schnellsten mit den Aufgaben der Gemeinde verwechselt.

Die Gemeinde erfüllt Aufgaben für eine menschliche Gemeinschaft, die die einfachste Frau übersehen kann, und innerhalb örtlicher Grenzen, die die meisten kennen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse werden fast allen Frauen — den nicht Berufstätigen durch ihre hauswirtschaftliche Tätigkeit — vertraut. Das Rathaus, das jeder kennt, ist der sinnfällige Ausdruck dafür, daß es eine Gemeindeverwaltung gibt, die die gemeinsamen Angelegenheiten ordnet. Man weiß, daß der Stadt Gas- und Elektrizitätswerke gehören, daß sie für die Abgabe Geld erhebt, daß sie die Straßen reinhält und für den Straßenbahnbetrieb sorgt. Die Vorzüge und Mängel aller dieser Einrichtungen sind fast allen bekannt, die Kritik beschäftigt sich oft damit; ihre Ursachen werden aufgedeckt, und in 100 Gesprächen befaßt man sich mit den Arbeiten

der Stadtverwaltung. Beziehungen zu städtischen Ehrenbeamten, dem ganzen Heer der Armen- und Waisenpfleger, dessen Organisationen dieses Verwaltungszweiges auf, dessen Leistungen auch in weiten Bevölkerungskreisen naturgemäß bekannt werden. Die städtische Organisation des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenfürsorge bleibt keiner Arbeiterin unbekannt und die der Lebensmittelversorgung keiner Hausfrau. Und welche Mutter beschäftigt sich nicht mit den Leistungen der Stadtverwaltung auf dem Gebiet des Schulweiens, den Schulgebäuden, den Förderklassen, den Fortbildungsschulen? Die Arbeitsteilung und die Verteilung der Verantwortlichkeit in den städtischen Betrieben werden schnell jedem klar und die Freude an der Mitarbeit in der städtischen Verwaltung und das Verständnis für ihre Aufgaben ist unter den Frauen schnell gewachsen.

Aber die Gemeinde führt kein vom Staat gesondertes Leben. Im Mittelalter, als es noch keine Volks- und Volkswirtschaft im heutigen Umfange gab, war das eber der Fall. Von der Blüte der Städte zu jener Zeit zeugen heute noch hervorragende Denkmäler, stolze Rathäuser, Kornspeicher, Bürgerhäuser. Das absolute Preußen hat die städtische Freiheit vernichtet. Nicht die Bürger, sondern die vom König bestellten Staatsbeamten verwalteten jetzt die städtischen Angelegenheiten und die städtischen Bürger hatten nichts drein zu reden. Erst die Steinische Städteordnung gab den Städten ihre Freiheit und Selbstverwaltung in bestimmtem Umfange zurück. Das ganze vorige Jahrhundert hat uns über das, was hier zu seinem Beginn geschaffen wurde, nicht weit hinaus gebracht, und die Revolution schuf für die Gemeinbewahler zwar das allgemeine Wahlrecht, änderte jedoch sonst wenig. Durch das gleiche Wahlrecht haben nun die Arbeiter, haben die Sozialisten den der Zahl ihrer Anhänger entsprechenden Einfluß in den Stadtparlamenten, und in vielen Industriestädten durch ihre Mehrheit den entscheidenden Einfluß. Aber die städtischen Verwaltungsgeäfte führt im wesentlichen der Magistrat, und der Magistrat ist nicht an das Vertrauen der Stadtverordnetenversammlung gebunden wie die Reichsregierung an das Vertrauen des Reichstags, er hat eine ganz andere Stellung, kann er doch nach dem Gesetz gegebenenfalls die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung verwerfen. Und überall, wo nicht, wie das ausnahmsweise in Berlin geschah, eine ganz neue Stadt gebildet wurde, sind nur die unbesoldeten Magistratsmitglieder entsprechend der Zusammenlegung der neuen Stadtverordnetenversammlung neu gewählt worden. Die besoldeten, die früher von den Dreiklassenstadterordneten gewählt wurden, sind häufig noch im Amt. Auch müssen die Magistratsmitglieder von der preußischen Regierung bestätigt werden, sonst sind sie es trotz Wahl durch die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung nicht. Die preußische Regierung führt auch die Aufsicht über die Arbeiten der Stadt und hat ein weitgehendes Einspruchsrecht. Wir sehen also, daß die Städte heute noch nicht selbständig sind und haben ja tatsächlich in Berlin erlebt, wie die bürgerliche Mehrheit der Preußischen Landesversammlung den Willen der Berliner Arbeiter bekämpfte, und zum Beispiel den gewählten Stadtschulrat nicht bestätigt hat. Diesen Zustand wollen wir ändern, wir wollen, daß die Gemeinden frei werden von jeder unnötigen Bevormundung. Nur in Freiheit und unter eigener Verantwortung kann Gutes geleistet werden. Diese Freiheit kann aber nur erworben werden durch Gesetz und dieses Gesetz wird vom Preußischen Landtag gemacht werden, den alle Männer und Frauen in Preußen am 20. Februar 1921 wählen. Wer also der Gemeinde die Möglichkeit der Freiheit und Vorwärtsentwicklung geben will, der muß am 20. Februar sozialdemokratisch wählen!

Die Hohenzollern.

Am 18. Januar werden die Reaktionsäre den 60. Jahrestag der Reichsgründung zum Vorwand nehmen, um in altbekannter Weise die „Verdienste“ der Hohenzollern um die deutsche Einheit zu feiern. Diese „Verdienste“ bestehen nur in der Legende, wie sie auch namentlich an den preussischen Volksschulen verbreitet wurde. Die erste geschichtliche Fälschung hat ganz andere Ergebnisse festgelegt. Vieles hierüber kann man in dem Buche „Die Hohenzollernlegende“ nachlesen, das der jetzige deutsch-nationale Hauptschriftleiter Max Maurenbrecher vor Jahren verfaßt hat. Er hat sich dabei der historischen Quellen bedient. Alles, was von dem jahrhunderterlangen nationalen Streben der Hohenzollern zerflattert angeht, ist seiner Feststellungen in Luft. Die folgende Darstellung stützt sich in der Hauptsache auf Max Maurenbrechers Werk. Es ist nützlich, sie vor den Preußenwahlen sehr aufmerksam zu lesen.

Die Hohenzollern haben niemals andere Politik betrieben als rein brandenburgisch-preussische, aber ohne jedes höhere ideale Ziel. Bis zum Sturz des Absolutismus wurde der Staat als das private Eigentum des Fürsten angesehen. Jeder Fürst war bestrebt, seine „Hausmacht“ nach Kräften zu vergrößern, aber nicht aus irgendwelchen nationalen Gesichtspunkten, sondern aus der einfachen Erwägung, daß je größer der Staat, desto größer auch die Einnahmen und die persönliche Machtstellung des Fürsten. So haben sich die Habsburger das bunteckige Staatsgebilde des alten Oesterreich mit seinen acht verschiedenen Nationalitäten zusammengeschmeißelt und zusammenge Robertson — als ihre „Hausmacht“. Ganz ähnlich ist Preußen entstanden. Wenn es national nicht so bunteckig wurde wie Oesterreich, so war das lediglich der geographischen Lage des Stammlandes Brandenburg zuzuschreiben, das mehr inmitten deutscher Länder lag als das Stammland Oesterreich. Doch hat z. B. zurzeit Friedrich Wilhelms II. und Friedrich Wilhelms III. bis zur Katastrophe von Jena (1806) der Staat Preußen fast ebensoviel polnische wie deutsche Einwohner gezählt. In dem Bestreben, ihre Hausmacht Preußen zu vergrößern, haben die Hohenzollern oft genug die Interessen des Deutschen Reichs und des deutschen Volkes an das Ausland verraten, wenn dies nur dem Wachstum Preußens dienlich war.

Ein Beispiel bietet schon dafür der Kurfürst Joachim I. (1499—1535). Bei der Kaiserwahl von 1517 war er bestrebt, seine Stimme als Kurfürst möglichst an den Reichsbietenden zu verkaufen, um auf diese Weise seine nicht unerheblichen Schulden zu decken. Dieser deutsche Patriot schwankte zwischen dem spanischen König Karl und dem französischen König Franz hin und her. Fünfmal wechselte er seine Stellung, je nachdem das spanische oder das französische Geldangebot höher war. Es bereitete ihm auch keine Strapazen, während schon die französischen Goldstücke in seine Kasse flossen, von neuem mit dem Spanier zu verhandeln. Schließlich blieb dieser als der Reichsbietende Sieger. Der Verlauf von Kurstimmen kommt in der deutschen Geschichte öfter vor, aber so schamlos wie dieser Hohenzoller hat wohl kaum ein deutscher Kurfürst gehandelt.

Der Kurfürst Friedrich Wilhelm (1640—1688) wird in der Hohenzollernlegende als der „Große Kurfürst“ verherrlicht. Daß er jahrzehntelang in Solde Frankreichs stand, daß seine brandenburgische Armee ausschließlich von den Unterstützungsgebern beibehalten wurde, die Ludwig XIV. von Frankreich gab, verdrängt die Legende. In die Zeit des „Großen Kurfürsten“ fällt der Raub Strahburgs durch die Franzosen mitten im Frieden. Er wird von den Geschichtsschreibern als Gipfelpunkt französischer Niedertucht bezeichnet, Verschwiegen aber wird, daß diese Niedertucht nur möglich war durch das Verhalten des im französischen Solde stehenden „Großen“ Hohenzollern, der mit seiner Armee bereit hand, jedem deutschen Fürsten in den Rücken zu fallen, der Frankreich seinen Raub zu entreißen gesucht hätte. Der „Große Kurfürst“ ist der eigentliche Verräter Strahburgs!

Zur Zeit Friedrichs II., ebenfalls „der Große“ genannt, wären Strahburg und das Elsaß beinahe von Frankreich zu übergeben worden. Im Jahre 1744 fand bereits eine kaiserlich deutsche Armee in diesen Ländern. Da brach Friedrich, der wie sein Großvater gleichfalls im Bündnis mit Frankreich stand, von neuem in die österreichischen Lande ein und zwingt so die Oesterreicher, das Elsaß wieder zu räumen. In seinem Lebensabend stiftete Friedrich den Deutschen Fürstenbund, der die Macht des Deutschen Reiches völlig zum Schwanden brachte.

Der Zerfall des alten Deutschen Reiches wurde von den Hohenzollern in jeder Weise begünstigt. Für ein paar Länder, seien im Innern Deutschlands ließen sie es ruhig geschehen, daß Frankreich das ganze linke Rheinufer an sich riß. Beim endgültigen Zusammenbruch des Reiches 1803 und 1806 war Friedrich Wilhelm III. nur bestrebt, aus der Konfuzmasse ein paar Gebietsstücke für sich zu erhalten. Nach dem siegreichen Ausgang der Freiheitskriege (1812—1815) hofften alle Patrioten auf eine Wiederherstellung des Deutschen Reiches. Aber sie erfolgte nicht. Wie alle Hohenzollern hatte Friedrich Wilhelm III. an der Reichsgründung gar kein Interesse, sondern ihn interessierte nur, wieviel Gebietszuwachs Preußen durch den Wiener Kongreß erhielt.

In der Revolution von 1848 lebte der Reichsgedanke neu auf. Das Deutsche Parlament trat in der Paulskirche von Frankfurt zusammen. Wieder zeigten sich die Hohenzollern als die schärfsten Gegner des Reichsgedankens. Preussische Regimenter schlugen die Revolution in Sachsen, Baden und der Pfalz nieder, sprengten die Reichsversammlung und zerstörten den Traum von deutscher Freiheit und Einheit. Der König Friedrich Wilhelm IV. aber wies verächtlich die ihm angebotene Kaiserkrone zurück, weil sie „mit dem Ludergeruch der Revolution“ behaftet sei.

Unter seinem Nachfolger Wilhelm I. erfolgte tatsächlich die Reichsgründung, aber nicht durch ihn. Gerade der preussische König Wilhelm wollte 1870 von der Reichsgründung am allerwenigsten wissen, er hätte viel lieber den Krieg von 1870 mit einer territorialen Vergrößerung Preußens als mit der Kaiserkrönung beendet. In einem berühmten Briefe an Bismarck klagt er, sein Wunsch wäre es gewesen, als König von Preußen zu regieren und zu sterben, nur auf das Drängen des Kanzlers willigte er in die Kaiserkrönung ein. Er hat damit noch einmal dokumentarisch festgelegt, daß alle Hohenzollern nichts getrieben haben als dynastische Hauspolitik. Sie haben wohl Preußen zu vergrößern gesucht, aber aus keinen höheren Ideen heraus als ein Gutbesitzer sein Rittergut, ein Fabrikbesitzer seine Fabrik zu vergrößern trachtet. Für den nationalen Einheitsgedanken hat kein einziger Hohenzoller gewirkt, aber vom Vertrat des Reiches und der Reichseinheit sind die Hohenzollern groß geworden! Bis der Zusammenbruch Deutschlands auch sie mit in die Tiefe riß. Die preussischen Wahlen — so rechnen die Junker und Industriellen — sollen die Wiedereinsetzung der Hohenzollern nach sich ziehen.

Frau aus dem Volk! Kannst du für Freunde des verräterischen Hohenzollernhauses deine Stimme geben?

Von der Kraft des Zutrauens.

Es ist erstaunlich, wieviel Menschen sich unklar sind über die Kräfte, die in ihnen liegen und die für sie und ihre Umgebung in vielen Fällen tot bleiben, weil man sie nicht weckt.

So gefährlich Ueberhöhung und Ueberhebung ist, so verwerflich Eigenlob und Eigendünkel ist, in gleicher Weise zur Gefahr und zum Schaden wird doch in nicht seltenen Fällen ein Verzagen am eigenen Können, ein Unterschätzen des eigenen Wirkens und der eigenen Leistungsfähigkeit.

Die Kraft des Zutrauens versteht nämlich tatsächlich Verge, d. h. bringt fertig, was vielfach als Wunder angesehen und angestaunt wird und doch nur eine Folge der eigenen Kraft, des Zutrauens zu eigener Leistung ist.

Um ein Ding richtig auszuführen, d. h. zum guten, erfolgreichen Abschluß zu bringen, muß man freilich ein gewisses Maß von Vorkennnis für die Sache haben, muß auch in der Richtung zu ihr hin Begabung besitzen, muß aber vor allen Dingen den Willen zur Ausföhrung in sich steigern, d. h. an sich und seine Kraft glauben.

Nun ist dieser Glaube an uns selber uns nicht immer gegeben. Vielfach werden wir im Gegenteil mit einem angeborenen Vorurteil gegen uns und unsere Schaffenskraft geboren, oder dazu erzogen, wir bezweifeln uns und unsere Leistungen, beargwöhnen unser Können. Das ist in den meisten Fällen krankhaft, ist Eigenliebe, die aus Furcht vor Enttäuschung krankhaft wird, ist Feindseligkeit, Empfindsamkeit mit uns, die höchste Beschweris, großes Gemümis werden kann.

Nicht immer können wir uns selber erlösen. Viel muß uns Hilfe von Kameraden, vom Freunde, vom Genossen kommen. Nietzsche lehrt: „harte Freundschaft“, die uns die Augen öffnet, aber er fordert auch höchste Freundschaft in dieser harten Liebe. Faßt uns für uns und unsere Genossen die Augen offen behalten und uns, aber vor allem auch ihnen, die Kraft des Zutrauens schenken und geben, wo immer es möglich ist. Lotte Wölfer.

Die Frauen und der Achtstundentag

Von Clara Zils.

Im Schöße einer nicht fernen Zukunft liegen die „Kampfen und die heiligen Kriege“, die dem Freistaat Preußen am Tage der Neuwahl zum Landtag geworfen werden sollen. Und Preußens Frauen haben einen starken Anteil am Ausfall dieser Wahl. Nun wird leider noch bei einer nicht ganz geringen Anzahl Frauen Unklarheit darüber herrschen, was wir zu erringen, was wir zu verlieren haben. Als Frucht der Revolution vom 9. November 1918 ist mit in allererster Reihe die gesetzliche Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden zu nennen. Der Achtstundentag ist in Gefahr. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn der Preussische Landtag am 20. Februar, dem Tage der Neuwahl, ein reaktionäres Gesicht enthüllt, Sturm gelassen wird gegen diesen schwer erkämpften Besitz der Arbeiterklasse. Was das heißt, muß man sich klar machen.

Die Volksschule entließ uns, vierzehnjährig, mit einem sehr bescheidenen Maß von Wissen. Denn im kaiserlichen Deutschland war eine hochweisse Regierung nicht der Ansicht des großen Kinderfreundes Fröbel: Für unsere Kinder ist gerade das Beste gut; sie hielt es mehr mit jener Leuchte des ostelbischen Funkenfutters, die den klassischen Anspruch hat: Es genüge für den Arbeiter, wenn er Kühe und Ochsen auseinanderhalten könnte. Und, kaum schulentlassend, mußten die Kinder des Proletariats in die Arbeit, den Beruf eintreten, für sich sorgen, mitverdienen helfen, vom Morgen bis zum Abend tätig sein, und weil ich mich hier besonders an die Frauen wende, erinnere ich speziell an die Hausangestellten, für die es eine Beschränkung der Arbeitszeit überhaupt nicht gab. Der Mann, die erwachsenen Kinder, die arbeitende Frau waren den größten Teil des Tages an ihre Arbeitsstätte gebannt; sie hatten keine Zeit, ihre kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen, ein herzliches Familienleben zu pflegen, Menschen zu sein. Wenn nun die Träger des Systems, das diese Zustände verurteilte, erneut ausschlaggebenden Einfluß in der Volksvertretung und damit in der Regierung gewinnen, wird unsere Lage wieder die gleiche werden. Die bürgerlichen Parteien sind Feinde des Achtstundentages, sie betonen bei jeder Gelegenheit, daß länger und mehr gearbeitet werden muß; sie versuchen es so hinzustellen, als ob unsere schlechte Wirtschaftslage größtenteils eine Folge des Achtstundentages sei. Aber unsere volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten sind verursacht durch den jahrelangen Krieg, die Abschnürung vom Weltmarkt, den Wegfall der Rohstoffzufuhr, die Kosten des Friedensvertrages, den ein verlorenen Krieg uns zu unterzeichnen zwang — und durch die Profitgier des kapitalistischen Unternehmertums, das, wie Quallen, sich vollsaugt am Schweiß und Blut des Proletariats. Die in ihren Betrieben zu Geld, zu Unternehmergewinn wurden.

Kein denkender Mensch dürfte heute eine Erhöhung der Arbeitszeit fordern, denn jedermann weiß, daß es Erwerbs- und Arbeitslose in erschreckend großer Zahl in unserem Volke gibt, denen, um ihnen die Existenz überhaupt zu ermöglichen, Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln gezahlt werden müssen. Die dafür benötigten Gelder werden von der Allgemeinheit aufgebracht. Und wieder sind es gerade die arbeitenden Klassen, die in ihrer Fähigkeit, Steuerlasten zu tragen, am ehesten und genauesten eingeklinkt werden können. Wie andere durch Verkleinerung, Kapitalverchiebungen usw. den Staat schädigen und so ihren Anteil an den Steuerlasten auf die Schultern der wirtschaftlich Schwachen abwälzen, haben Ereignisse gerade in letzter Zeit erwiesen. Anher den voll Erwerbs- und Arbeitslosen sind eine große Zahl von Arbeitnehmern in Fabriken mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigt, die Teilunterstützung erhalten müssen. Schon diese wenigen Angaben genügen, um zu zeigen, daß das Geschrei der bürgerlichen Parteien nach einer Verlängerung der Arbeitszeit Torheit ist, entsprungen aus der schrankenlosen Gewinnhunger des Unternehmertums, und gerichtet, eine Gesundung unseres Wirtschaftslebens zu verhindern, eine Gesundung unseres kranken Volkskörpers überhaupt unmöglich zu machen.

Helfen können wir nur, wenn wir danach streben, Arbeitsmöglichkeiten für alle arbeitswilligen Menschen zu schaffen. Das kann erzielt werden durch Sicherung des Achtstundentages, Verbesserungen der Beziehungen zum Auslande, Hebung der Kaufkraft unseres Geldes, Förderung der Rohstoffzufuhr, gesunden Ansauf der Breiten für die Lebenshaltung und den Löhnen und Gehältern. Alle diese Dinge aber werden ganz ausschlaggebend bestimmt durch den Ausfall der Wahlen. Preußen hat immer noch die führende Stellung in Deutschland inne, und ein Erstarken der Reaktion in Preußen

würde zweifellos im Auslande Wirkungen zeitigen, die man unbedingt zu vermeiden wünschen muß.

Die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für alle arbeitsfähigen Kräfte, die durch die oben angegebenen Mittel erreicht werden soll, gäbe nicht nur die Möglichkeit zum Abbau der Erwerbs- und Arbeitslosenunterstützung. Sie wäre auch wesentlich geeignet, eine Hebung der viel beklagten, gesunkenen Moral herbeizuführen. Zu viel Arbeitslosigkeit, zu lange Arbeitsdauer verhindern den Menschen am kulturellen Aufstieg, mangelnde Beschäftigung ist ihm ebenso schädlich. Jeder junge Mensch besonders hat das Bedürfnis nach Betätigung, einer gesunden Erschöpfung seiner Energien nach Arbeit. Und weil heute so sehr vielen diese Möglichkeiten fehlen, betätigen sie sich in beklagenswerter Weise, durchaus nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden der Gesamtheit. Wir hätten gewiß weniger Unruhen und Rütche erlebt, wenn in der Zeit seit der Revolution alle Volksgenossen in ihrer Arbeit hätten stehen, sich abends noch vollbrachter Leistung als nützliche Glieder der Gemeinschaft hätten fühlen dürfen.

An alle Mütter und Frauen ergeht der Ruf: Sichert den Achtstundentag als wichtigstes Mittel für unsere wirtschaftliche und sittliche Gesundung, für unsere geistige Aufwärtsentwicklung, für unsere endliche Befreiung! Sichert den Achtstundentag, indem ihr am 20. Februar eure Pflicht erfüllt!

Die Not der Kriegsblinden.

Im Auftrage einer bedrängten Mutter in einer Tuberkuloseangelegenheit auf dem höchsten Landratsamte vorredend, wurde ich Zeugin folgenden Auftritts: Ein Kriegsblinder, 24—28 Jahre alt, kam mit seinem Sanitätshund zur Tür herein; leister ging in einem mit rote-Kreuz-Tafelchen plombierten Lebergepäck, an welchem der Blinde sich festhielt. Augencheinlich war er herbeieilt, denn die eine Beamtin sagte zu ihm: „Allo, Sie bekommen drei Tackchen und drei Hemdchen (Säuglingswärme) und, nicht wahr, Sie erklären sich dann bereit, daß das Geld dafür von Ihrer nächstfälligen Rente abgezogen wird?“ Der Blinde würgte eine Weile an einer Antwort, dann sagte er langsam, bekümmert: „Ja, aber von der Rente wird doch schon so viel abgezogen, was bleibt mir denn da noch zum Leben übrig?“

Ja, wovon leben oder, besser gesagt, vegetieren denn diese Armen der Armen in so entsetzlich teuren Zeiten eigentlich? Diesem einen Fall unter gewiß Tausenden ähnlichen nachgehend fand ich folgende traurige häusliche Lage: In einer ganz leuchten Wohnung lebte der Blinde mit Frau und einem 5 Monate alten Kinde kaum das notdürftigste Gerät besitzend, klagte er doch am meisten über den quälenden Mangel an Wärme, denn es ist ihm natürlich jetzt ganz unmöglich, auch nur ein einziges Stück anzuschaffen. Sein Augenlicht verlor er schon 1916 durch Granatplitzer in den Karpaten; ergreifend anzuhören war seine Schilderung, wie die Schreie immer mehr abnahm und das tiefe Dunkel um ihn immer höhnungsloser wurde. Zu diesen körperlichen Qualen kamen nun auch noch die immer größer werdenden Sorgen um die Existenz seiner Familie, denn was er an staatlicher Unterstützung erhält, reicht natürlich nach seiner Seite hin. „Aber“, so sagt er mit einem tiefen Seufzer und seine erlöschenden Augen gehen erschütternd nach der Richtung des Schalles meiner Worte, „ich selbst bin mit meinem einen Kinde noch nicht einmal am schlammigen Draht. Mein ebenfalls kriegsblinder Kamerad E. hier am Orte hat fünf Kinder im Alter von 1½ bis 10 Jahren. Davon hat keines mehr ein Hemd anzuziehen! Er trägt mit Hilfe der zwei größeren Töchter Zeitungspapier aus, die pro Stück gleich bei Empfang bezahlt werden. Von diesen Sammelpfennigen fristet die liebentpöngige Familie ihr Leben den ganzen Monat hindurch, bis am ersten des nächsten Monats die Rente kommt. Von dieser Rente führt er dann das Zeitungsgeld an den Verlag ab, um — am nächsten Tage das traurige Spiel von neuem zu beginnen. . .“

Was kann man nun angesichts solcher Not tun? Von all den Unglücklichen, die im Kriege den Verlust ihrer Glieder und der Gesundheit erlitten haben, ist wohl der Kriegsblinde am schwersten getroffen. Der erwähnte Blinde nahm sein Kindchen auf den Arm; es suchte des Vaters Blick, aber nur zwei tote Augenhöhlen starrten ihm entgegen. Und welche Sehnsucht muß doch den armen Menschen erfüllen auch einmal in seines Kindes Anblick zu schauen! Was konnte den Verlust des Augenlichtes auch nur annähernd ersetzen? Die Umwelt aber läßt diese Armen mit ihren Familien noch bitterste Not und Armut leiden!

Und darum halte ich es für eine dringende Pflicht, unserer Volksvertretung die große Not der Kriegsblinden ans Herz zu legen, damit sie und ihre Angehörigen wenigstens vor dem äußersten geschützt sind.

Marie Schleich, Nied. a. M.

Wie kann geholfen werden?

Von Erna Rube.

Es besteht für Erwerbstätige, Männer wie Frauen, ein schon viel beklagter und täglich empfundener Mangel an geeigneten Näh- und Stichtuben, Wäschereien und Speiseanstalten. Diesem Mangel abzuwehren haben sich schon interessierte Kreise zusammengeschlossen, sind aber wegen ungeheurer Widerstände zum größten Teil über Beratungen und Erhebungen nicht hinausgekommen. Man gewinnt die Ueberzeugung, daß nicht nur hier, sondern auch bei anderen Gelegenheiten es unseren Behörden immer an der nötigen Großzügigkeit mangelt. Jeder bearbeitet sein Gebiet und sieht dabei zu wenig rechts und links. Selbst bei aller Rücksicht auf die allgemeine schlechte Finanzlage könnte doch vieles mit etwas mehr gutem Willen nicht nur zu machen sein, sondern ließe sich auch unter geringerem Kostenaufwand Wertvolleres schaffen.

Ueber die Notwendigkeit der Errichtung dieser Anstalten braucht kein Wort verloren werden. Sie ist unbestreitbar. Warum sollte es nicht möglich sein, mit verhältnismäßig geringem Geldaufwand solche einzurichten. Genau wie die Stadt während der schlechten Ernährungsverhältnisse ein Interesse daran hatte Speiseanstalten einzurichten, müßte sie auch hier helfend eingreifen. An Vorschlägen und Teilnehmern bei evtl. Beratungen würde es ganz gewiß nicht fehlen. In Berlin beispielsweise bestanden und bestehen noch heute sogenannte Mittelstandsstüben, die seit einer Zeit mit einem so großen Verlust arbeiten; daß die letzten in absehbarer Zeit geschlossen werden. Um diese Räume den Zwecken dienlich zu machen, wären keine so unerschwinglichen Ausgaben notwendig. Es gibt auch sicher noch andere Einrichtungen, die man dann eben erkunden muß.

Es könnte vielleicht zu bedenken sein, ob der Betrieb sich auch rentabel gestalten würde. Bei gewissenhafter Leitung wäre an dem Zulpfuch nicht zu zweifeln. Da die Räumlichkeiten überall sehr beschränkt sind, brauchte man ja gar nicht alles in demselben Raume unterzubringen. Man könnte in einer Straße die Speiseanstalten haben, in einer anderen die Wäscherei, in einer dritten Näh- und Stichtuben, woanders auch vielleicht noch eine Blättstube.

Die Einrichtung der Anstalten wäre für die Stadt im Augenblick vielleicht eine Ausgabe, die sie nicht machen kann. Hier kommt nun der Punkt, wo man durch Verbindung zweier Pläne miteinander billiger zu einem Erfolg kommt.

Die Erwerbslosenfürsorge, deren Gelder wir ja durch Steuern anzubringen haben, hat sich bereits mit der Umschulung erwerbsloser Mädchen in den Hausangestelltenberuf befaßt. Weil alle anderen Verufe ein Ueberangebot an Arbeitskräften haben und der Hausangestelltenberuf ein Mangel, liegt es im volkswirtschaftlichen Interesse, einen Ausgleich zu schaffen. Alle redlichen Bemühungen scheiterten an den sonderbarerweise noch heute völlig unregelmäßigen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hausangestellten. Es liegt klar auf der Hand und wird auch vielfach zugegeben, daß bei einer versuchten Vorbereitung Erwerbsloser für den Beruf der eigentliche Zweck der Sache nicht erreicht werden würde, nämlich der, die Erwerbslosenfürsorge zu entlasten. Die jungen Mädchen würden die Kurse besuchen, um die Verlegenheit wahrzunehmen für ihre eigenen Interessen; denn die meisten hoffen doch, einmal selbst Hausfrau zu werden. An einen Zwang, nach Beendigung des Kuriums in den Haushalt zu gehen, ist nicht zu denken. Und freiwillig werden nur sehr wenige an den Aushilfsfundamenten gewöhnte und freie Industriearbeiterinnen in den Beruf gehen. Die wenigen, die es dennoch täten, würden die unsreien Verhältnisse, die es häufig nicht gestatten, sich auf sich selbst zu verlassen, alsbald von sich abschütteln und dem Beruf wieder den Rücken kehren. Und dennoch soll etwas geschehen.

Man müßte hier nun sagen: Die Stadt sorgt für die Beschaffung der Räumlichkeiten, die Erwerbslosenfürsorge trägt die Kosten für die innere Einrichtung und läßt Erwerbslose dort umschulen. Die Anstalten müßten unter eine geeignete Leitung gestellt werden, so daß die Gewähr besteht, daß die Umzuschulenden wirklich etwas lernen. Da augenblicklich, nun überhaupt einmal etwas zu schaffen, der Gesichtspunkt fast zu berücksichtigen ist, daß die Erwerbslosen wirklich praktisch Wertvolles lernen, könnte man an Einrichtungskosten gleichfalls sparen. In diesem Falle muß der Wäschereibetrieb gänzlich auf Handarbeit eingestellt werden. Es liegt auch im Interesse der Auftraggeber, daß die Wäsche mit der Hand und nicht mit Maschinen gereinigt wird. Mit den Ausbesserungstuben verhält es sich bis auf die maschinellen Einrichtungen ebenso. Auch hier müßte man bereits bestehende Einrichtungen ausnutzen. In Berlin z. B. die Betriebswerkstätten der Stadt.

Die Erwerbslosen müßten für die Dauer der Umschulung die Erwerbslosenunterstützung in voller Höhe ausgezahlt erhalten.

Um nun alle Zweige der Hauswirtschaft zu erneuern, muß ein Wechselssystem eingeführt werden, so daß jede Erwerbslose erst eine gewisse Zeit in einer Abteilung ausgebildet wird und durch alle Abteilungen wandert. Es ist auch für eine gründliche Ausbildung unerlässlich, daß neherher noch theoretischer Unterricht erteilt wird, der natürlich in der achtstündigen Arbeitszeit liegen muß.

Durch die Ausführung dieses Vorschlages würde man mehrere Zwecke miteinander verbinden. Den Erwerbstätigen wäre geholfen und den Erwerbslosen auch. Außerdem würde die Erwerbslosenfürsorge entlastet. Die getroffenen Einrichtungen müßten, wenn auch die Erwerbslosenfürsorge kein Interesse mehr daran hat, beibehalten werden, und könnten dann ganz auf den einen Zweck eingestellt werden, den Erwerbstätigen zu dienen. Wenn erst wieder jeder sein Recht auf Arbeit geltend machen kann, dann wird es auch mehr Frauen geben, die außerhalb des Hauses tätig sind, und dadurch würden die Anstalten erhöht in Anspruch genommen werden.

Vorläufig handelt es sich aber noch darum, die Erwerbslosenfürsorge zu entlasten. Um das zu erreichen, ist es notwendig, geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen für den Hausangestelltenberuf zu schaffen. Es wäre nicht zu verantworten, die Umschulung auf Kosten der Allgemeinheit vorzunehmen, ohne sich Gedanken darüber zu machen, ob der eigentliche Zweck auch wirklich erreicht wird und ohne nicht die Widerstände aus dem Wege zu räumen.

Darum, schafft Tarifverträge, sorgt für den nötigen Schutz der Hausangestellten durch ein neues Recht, indem ihr am 20. Februar eine sozialistische Volksvertretung in den preussischen Landtag wählt.

Das freie Wahlrecht

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen,
In dem wir siegen. Nun wohlan!
Nicht predigen wir Haß den Reichen,
Nein, gleiches Recht für jedermann.
Die Lieb' soll uns zusammenketten,
Wir strecken aus die Bruderhand,
Aus geist'ger Schmach das Vaterland,
Das Volk vom Elend zu erretten!

S. Kuborf.

Der „Preußenblock“.

Die Deutschnationalen haben die erste Preußenwahlparole ausgegeben. In dem kurzen Aufruf verweisen sie darauf, daß der Zusammenhalt Preußens seit der Revolution dauernd gefährdet gewesen sei und preiten die Deutschnationalen als den Preußenblock an, der allein Preußen zusammenhalten könne.

Dieser erste Wahlaufruf, so schreibt die „S. R.“, ist zugleich eine erste große Lüge. Nach der Revolution bei den Preußenwahlen hat die Deutschnationale Volkspartei durch ihren Parteivorstand ein offizielles Wahlbündnis mit den auf Zerstümmung Preußens ausgehenden Welfen abgeschlossen, und nach dem Zusammentritt der Preussischen Landesversammlung hat sich die Deutschnationale Volkspartei durch Herrn von der Osten wiederholt für weitergehende Provinzialautonomie ausgesprochen. Die ersten Anträge gegen den Fortbestand eines zentral zusammengehaltenen Preußens rühren von dem deutschnationalen Abgeordneten Ling her. Erst als die Sozialdemokratie siegreich ihre Parole durchgesetzt hatte, daß keine neue Kleinstaaten entstehen dürfe, sondern Preußen einheitlich zusammengehalten werden müsse, bis es als Ganzes im Reiche aufginge, haben die Deutschnationalen mit großem Geschrei die Rettung Preußens als ihr Programm verkündet.

Am 20. Februar

wird gewählt:

1. zum Reichstag (in Ostpreußen und Schleswig-Holstein);
2. zum Landtag in ganz Preußen;
3. zum Provinziallandtag;
4. zum Kreistag.

Wahlberechtigt ist jede Person über 20 Jahre, die in die Wählerliste eingetragen ist.

Gewählt wird sozialdemokratisch!